



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 43/2006

SENDESPERRFRIST: 21. Dezember 2006, 11.00 Uhr

SPERRFRIST: 21. Dezember 2006, 12.00 Uhr

Deutsche Wirtschaft 2007:
Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht

Die Langfassung steht ab 12.00 Uhr auf der Homepage www.iwh-halle.de

Ansprechperson: Prof. Dr. Udo Ludwig (Tel.: 0345/77 53 800)

Halle (Saale), den 21. Dezember 2006

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Deutsche Wirtschaft 2007: Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht

Die Stärke des Aufschwungs der deutschen Wirtschaft hat die anfänglichen Erwartungen deutlich übertroffen. Das gilt für den Export, in besonderem Maße allerdings für die Investitionen der Unternehmen. Die von der Wirtschaftspolitik ausgelösten Sonderentwicklungen haben vor allem der Industrie sowie erstmals seit sieben Jahren der Bauwirtschaft kräftige Nachfrageimpulse gegeben. Auch die Konsumenten wurden zu zusätzlichen Anschaffungen angeregt. Allerdings fand die politikinduzierte Konsumnachfrage der privaten Haushalte, Achillesferse der Konjunktur seit Jahren, wenig Rückhalt in den laufenden Erwerbseinkommen. So wurde weniger als zuvor gespart.

An der Schnittstelle zwischen Beschäftigung und Einkommen liegt bisher der Schwachpunkt des Aufschwungs. Der sichtliche Beschäftigungszuwachs nach der bereits 2005 vollzogenen Wende am Arbeitsmarkt äußert sich bislang wenig in einer höheren Lohn- und Gehaltssumme. Das liegt zum Teil daran, dass für die Aufstockung der Beschäftigung, auch der sozialversicherungspflichtigen, nicht ausschließlich konjunkturelle Gründe und die Lohnzurückhaltung verantwortlich sind, sondern zu einem nicht geringen Teil Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Der export- und investitionsgetragene Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich im Jahr 2007 fortsetzen, wenngleich das Wachstumstempo – zumindest vorübergehend – deutlich nachlassen wird. Die Konsumzurückhaltung, die in den ersten Monaten des Jahres aus dem Kaufkraftentzug durch die restriktive Finanzpolitik folgen wird, dürfte den Anstieg von Produktion und Beschäftigung bremsen. Hinzu kommt die Nachfragerücke, die von den in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufen aufgerissen wird. So ist mit einem Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte zu rechnen. Er dürfte kurzfristig auch auf die Inlandsnachfrage insgesamt durchschlagen, da ein Ausgleich durch die weiterhin kräftige Investitionskonjunktur schon aufgrund des geringen Gewichts der Unternehmensinvestitionen in der Inlandsnachfrage unwahrscheinlich ist. So hängt der weitere Verlauf der Konjunktur nicht unerheblich von der Weltwirtschaft ab.

Das hohe Expansionstempo der Weltwirtschaft aus dem Jahr 2006 kann im kommenden Jahr nicht ganz gehalten werden. Besonders der Abschwung in den USA wirkt dämpfend. Konjunkturrisiken und die Erwartung von Leitzinssenkungen haben zudem jüngst den Dollar abwerten lassen. Die damit einhergehende Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von US-Produkten hilft zwar, das weitere Anwachsen des enormen Leistungsbilanzdefizits des Landes zu begrenzen. Damit erhöht sich das auf mittlere Sicht größte Risiko für die Weltwirtschaft nicht weiter. Kurzfristig fehlen jedoch die von der US-Wirtschaft ausgehenden Nachfrageimpulse. Im Euroraum und in Japan wird sich der Aufschwung fortsetzen, wenn auch deutlich verlangsamt. So schwenkt die bislang sehr kräftige weltwirtschaftliche Expansion auf einen Pfad ein, der bei weltweit recht gut ausgeschöpften Produktionskapazitäten nahe am langfristigen Trend liegt. Die deutsche Wirtschaft wird daher weniger Impulse aus dem Ausland erhalten, und der Exportanstieg dürfte sich verlangsamen. Weil zugleich die Importe noch langsamer zunehmen werden, wird die Außenwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Aktivität kräftig befördern.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2007 um 1,4% steigen. Dabei trägt der Schwung der Konjunktur aus dem Vorjahr bis in das neue Jahr hinein. Reichlich ein Prozentpunkt des Zuwachses wird aus dem bis zuletzt kräftigen Anstieg im Jahr 2006 „mitgenommen“. Der Beschäftigungsanstieg setzt sich abgeschwächt fort, die registrierte Arbeitslosigkeit sinkt auf 4,36 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt.

Auch die ostdeutsche Wirtschaft muss sich 2007 auf nachlassende Impulse für die Produktion einstellen. Sie bekommt den Nachfrageausfall beim Konsum nicht nur direkt, sondern vor allem auch indirekt über die engen Vorleistungsverflechtungen mit westdeutschen Produzenten zu spüren. Bei einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von nur 1% in Ostdeutschland dürfte die Beschäftigung sogar wieder sinken.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2006 und 2007

	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,1	1,0	0,3
Staatskonsum	0,6	1,0	0,8
Anlageinvestitionen	0,8	5,1	2,7
Ausrüstungen	6,1	8,0	5,0
Bauten	-3,6	2,9	0,7
Sonstige Anlagen	4,7	4,9	3,5
Inländische Verwendung	0,5	1,9	0,5
Exporte	6,9	11,2	7,1
Importe	6,5	11,0	5,5
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,5	1,4
dar.: Ostdeutschland*	-0,1	2,0	1,0
Nachrichtlich: USA	3,2	3,3	2,4
Euroraum	1,4	2,7	2,2
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-0,4	0,5	0,2
Tariflöhne je Stunde	1,0	1,1	1,8
Effektivlöhne je Stunde	0,7	0,3	1,3
Lohnstückkosten ^a	-1,0	-1,6	-0,5
Verbraucherpreisindex	2,0	1,7	2,2
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 823	39 054	39 203
Westdeutschland**	33 224	33 444	33 628
Ostdeutschland*	5 599	5 610	5 575
Arbeitslose ^c	4 861	4 515	4 362
Westdeutschland**	3 566	3 320	3 192
Ostdeutschland*	1 295	1 195	1 170
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Arbeitslosenquote ^d	11,1	10,4	10,0
Westdeutschland**	9,7	9,0	8,7
Ostdeutschland*	18,8	17,6	17,3
Finanzierungssaldo des Staates	-3,2	-2,1	-1,2

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 15.12.2006).

Im Jahr 2007 ist es vor allem die Finanzpolitik, die durch die kräftige Erhöhung der Umsatzsteuer zu einer Abkühlung des Aufschwungs beitragen wird. Aber auch die Geldpolitik wird nach der jüngsten und der noch zu erwartenden Zinsanhebung durch die europäische Zentralbank nicht mehr expansiv wirken, auch wenn die monetären Rahmenbedingungen per saldo günstig bleiben. Während die Aufwertung des Euro die Exporte in den Dollar-Raum etwas beeinträchtigen dürfte, erleichtern gestiegene Aktienkurse und niedrige Kapitalmarktzinsen weiter die Finanzierung der Unternehmensaktivitäten.

Für die Lohnpolitik wäre es trotz der Konsumschwäche des Aufschwungs verfehlt, den bisherigen Kurs aufzugeben. Die Lohnzurückhaltung hat zuletzt die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze begünstigt. Allerdings ist der Verteilungsspielraum größer geworden, weil der Anstieg der Arbeitsproduktivität nicht auf Entlassungen zurückzuführen ist, sondern sogar mit Beschäftigungsaufbau einherging. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sind deshalb in der neuen Tarifrunde etwa 2% mehr Lohn je Beschäftigtenstunde angemessen. Aus den Tarifverhandlungen sollte allerdings der Preisanstieg infolge der Mehrwertsteueranhebung ausgeklammert werden, da er keine Ausweitung des Verteilungsspielraums anzeigt, sondern eine Umvertei-

lung des Produktivitätszuwachses von den Privaten hin zur öffentlichen Hand. Einmalige Zusatzzahlungen in Abhängigkeit von der Ertragslage der Unternehmen sollten die dauerhaften Tarifsteigerungen ergänzen. Die Tarifabschlüsse sollten auch die differenzierten Knappheitsrelation bei den Fachkräften in Rechnung stellen.

Die Finanzpolitik kann zwar 2007 von einem weiteren Abbau des Haushaltsdefizits ausgehen, der gute Zweck heiligt jedoch nicht die Mittel: Steuererhöhungen bleiben der falsche Weg. Die Sanierung über Ausgabenkürzungen wäre der bessere Ansatz gewesen. Trotzdem bleibt es bei einem Defizit. Die Anstrengungen zur Konsolidierung sollten deshalb nicht nachlassen und neue Ausgaben vermieden werden. Insbesondere sollte die Belastung des Faktors Arbeit durch die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen gesenkt werden. Das schließt eine Gesundheitsreform ein, welche die Effizienz des Systems erhöht und den Ausweg aus dem Finanzierungsdilemma nicht in bloßen Beitragsanhebungen sucht.

Die Gefahren für die Preisniveaustabilität haben sich nach den jüngsten Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank zwar verringert. Allerdings ist die Liquiditätsausstattung im Euroraum immer noch sehr großzügig. Zudem dürften die Lohnabschlüsse angesichts des kräftigen konjunkturellen Aufschwungs stärker als bislang erwartet ausfallen. Bedeutsam ist in dieser Situation die Fähigkeit der Zentralbank, die Stabilität der Inflationserwartungen im Euroraum auf dem bisherigen Niveau zu halten. Das kann nur gelingen, wenn die geldpolitische Strategie der EZB weiter transparent ist und die Unabhängigkeit von der Politik gewahrt bleibt. Der Refinanzierungssatz sollte etwa auf dem konjunkturneutralen Niveau zwischen 3,5 und 3,75% bleiben.

Arbeitskreis Konjunktur